



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, KLIMASCHUTZ,
ENERGIE UND
LANDESPLANUNG

NACHHALTIGKEIT KOMPAKT

Nachhaltigkeit voranbringen –
Wege in eine zukunftsfähige
Gesellschaft

Reinhard Loske

Impressum

Titel:

Nachhaltigkeit voranbringen – Wege in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Herausgeber:



Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
www.mwkel.rlp.de
E-Mail: poststelle@mwkel.rlp.de
Telefon: 06131/16-0

Weitere Informationen zu Nachhaltigkeit:

www.agenda21.rlp.de

Gestaltung:

Atelier Wilinski
Albinstraße 7
55116 Mainz
wilinski@mainz-online.de
www.wilinski.de

Der Text gibt einen Vortrag wieder, den Reinhard Loske am 2. Dezember 2013 im Rahmen einer Veranstaltung des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL) in Mainz gehalten und für den Zweck der Dokumentation überarbeitet hat.

Der Text stellt einen Diskussionsbeitrag dar. Er gibt nicht unbedingt die Auffassung des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung wieder.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von 6 Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Mißbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Mainz 2014

EVELINE LEMKE

Nachhaltigkeit gestalten

Nachhaltigkeit ist ein Modewort. Da gibt es nachhaltige Wirtschaftspolitik, nachhaltige Finanzpolitik, nachhaltige Umweltpolitik. Dann gibt es noch ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Und vielleicht ist ökologische Nachhaltigkeit ja das Ergebnis einer nachhaltigen Umweltpolitik. Wobei, rein sprachlich, es natürlich auch denkbar wäre, die Umwelt nachhaltig zu zerstören. Man sieht, mit dem Begriff geht fast alles. Was noch fehlt, wären Schöpfungen wie nachhaltige Atompolitik oder nachhaltige Gentechnik. Die Verwirrung ist also groß, Klarheit tut dringend Not, wenn wir es mit der Nachhaltigkeit ernst meinen und den Begriff nicht als leere Floskel verwenden wollen.

Was also ist mit Nachhaltigkeit gemeint? Hans-Carl von Carlowitz, der sächsische Oberberghauptmann forderte vor genau 300 Jahren eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Für ihn hieß das damals vor allem, dass nicht mehr Bäume gefällt werden sollten als nachwachsen. Das sagt schon etwas, wenn man auf der Suche nach dem Bedeutungsgelhalt des Nachhaltigkeitsbegriffs ist. Offensichtlich ist: Wenn man mehr Bäume fällt als nachwachsen, dann hat man irgendwann keine mehr.

Und Carlowitz formuliert nicht nur die Notwendigkeit der Ressourcenschonung und einer planenden Bewirtschaftung. Auch der Gedanke von ökologischen Grenzen klingt bereits an. Es darf nicht mehr gefällt werden als nachwächst, sagt er. Dabei liegt auf der Hand, dass das Nachwachsen nicht beliebig ausgedehnt werden kann.

Heute definieren wir Nachhaltigkeit gerne mit

der sogenannten Brundtland-Definition aus dem Jahre 1987, benannt nach Gro Harlem Brundtland, der norwegischen Vorsitzenden der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung. Dem Brundtland-Bericht zufolge ist nachhaltige Entwicklung „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generationen befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

Das klingt sehr schön, birgt aber auch ein Problem. Das Schöne: Es ist maximal zustimmungsfähig. Das Problem: Eine wirkliche Handlungsorientierung bietet die Definition nicht. Genau das hat vermutlich auch schon die Brundtland-Kommission geahnt, als sie vor gut 25 Jahren diese Formel prägte. Deshalb hat sie noch zwei wichtige „Schlüsselbegriffe“ hinzugefügt: Erstens die Befriedigung der Bedürfnisse und zweitens „der Gedanke von Beschränkungen die der Stand der Technologie und sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen.“

Das klingt jetzt zugegebenermaßen nicht mehr so schön rund, eher etwas eckig und kantig. Dafür gibt es mehr Orientierung. Zentral ist dabei neben der Grundbedürfnisbefriedigung, die im historischen Kontext eher auf Entwicklungsländer zielte, der Begriff von Beschränkungen. Diese ergeben sich daraus, dass die Fähigkeit der Umwelt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen, begrenzt ist. Carlowitz hätte vermutlich gesagt, man dürfe nicht mehr Bäume fällen als auf der zur



Verfügung stehenden Fläche nachwachsen können. Heute würde man dazu wohl sagen: die planetarischen Grenzen müssen respektiert werden.

Und, das ist die zweite Botschaft: Diese Grenzen sind zwar fix; aber wie viel Nutzen man aus den vorhandenen Ressourcen zieht, was man daraus macht, das hat etwas zu tun mit dem Stand der Technologie und der sozialen Organisation einer Gesellschaft. Auch Carlowitz kam bereits auf die Idee, Holz effizienter einzusetzen und Aufforstung aktiv zu forcieren.

Mit anderen Worten: Der Begriff der Nachhaltigkeit ist keineswegs so beliebig, wie er oft benutzt wird. Es geht im Kern darum, wie wir Menschen unser Leben auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen organisieren wollen.

Im Moment, so kann man feststellen, machen wir das nicht besonders gut. Wir sind dabei, unseren Planeten und damit unsere Lebensgrundlage zu zerstören. Aber dagegen müssen und können wir etwas tun, also etwa den Stand der Technologie verbessern. Technologische Innovationen sind ein wichtiger Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung. Wichtiges Stichwort ist hier das Vorantreiben von Effizienzlösungen, es geht um die Energiewende und um mehr Ressourceneffizienz.

Und da stecken eine Menge Potentiale, viele Dinge, an die die meisten von uns im Alltag vermutlich gar nicht denken. So hat die Universität Kaiserslautern jüngst einen Preis des Bundesforschungsministeriums gewonnen. Ausgezeichnet wurde die Entwicklung eines neuen Deckensystems für Gebäude, das 30% weniger Beton benötigt als das für herkömmliche Decken der Fall ist.

Das fügt sich nahtlos ein in unser rheinland-pfälzisches Programm zum Eff-Check, wo es darum geht,

dass technische Effizienzlösungen auch angewendet werden. Unser Netzwerk Umwelttechnik, das wir gerade aufbauen, stellt einen weiteren Baustein dar. Dabei geht es uns auch immer darum, Unternehmen zu ermutigen, Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit zu machen. Es geht um positive Beispiele, die auf andere abfärben sollen.

Das ist die eine Seite. Aber das reicht vermutlich nicht. Wir müssen uns auch mit dem beschäftigen, was im Brundtland-Bericht als „soziale Organisation“ einer Gesellschaft bezeichnet wurde. Wir müssen lernen, mit den Dingen um uns herum anders umzugehen, weniger verschwenderisch, mehr mit Sorgfalt und Respekt. Dabei geht es unter anderem darum, den Wert von gebrauchten Gegenständen anzuerkennen. Second Hand als First Choice, ein Buch kann mehr als nur einmal gelesen werden. Wiederverwenden statt Wegwerfen, so lautet eine weitere Maxime. Das neue Landeskreislaufwirtschaftsgesetz, das zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist, ist hierfür ein wichtiger Beitrag.

Dazu gehört schließlich auch, dass wir über neue Formen gemeinschaftlicher Nutzung nachdenken müssen. Der Gedanke dabei ist: Nicht jeder und jede muss alles selbst besitzen, wichtig ist, dass man es nutzen kann. Ein Auto zum Beispiel muss man nicht länger sein Eigen nennen, um damit fahren zu können. Car Sharing ist die soziale Innovation, die dies möglich macht.

Nachhaltigkeit voranbringen, und das macht dieser kurze Überblick bereits deutlich, ist also mehr das Zusammensetzen eines Puzzles als der eine, große Wurf, der alle Probleme löst. Dabei kommt, um beim Puzzle zu bleiben, hinzu, dass das Bild immer wieder changiert. Neue Technologien können neue Herausforderungen bedeuten, aber auch, wie das genannte Beispiel der Betondecken, neue Möglichkeiten für Ressourceneffizienz eröffnen.

Gesellschaftliche Beharrungskräfte, beispielsweise im Konsumverhalten, wollen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung überwunden werden zugunsten neuer Nutzungsformen, die, als soziale Innovation von Pionieren erprobt, ihren Weg in die Breite der Gesellschaft suchen.

Nachhaltigkeit zu gestalten ist mithin eine komplexe Aufgabe, die durchaus auch mit Widersprüchen zu kämpfen hat. Die eine Lösung, die gibt es nicht. Vielmehr muss es darum gehen, viele Blumen blühen zu lassen. Effizienzstrategien und soziale Innovation leisten jeweils das Ihre für mehr Nachhaltigkeit. Gleichzeitig ist die Richtung, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen,

vorgegeben. Es muss darum gehen, die Intensität menschlicher Nutzung an die natürlichen Beschränkungen des Planeten anzupassen – und gleichzeitig nach Wegen zu suchen, um innerhalb dieser Grenzen ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Ihre



Eveline Lemke

*Wirtschaftsministerin und stellvertretende
Ministerpräsidentin*



REINHARD LOSKE

Nachhaltigkeit voranbringen – Wege in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Menschliches Wirtschaften und der

Schutz der natürlichen Umwelt werden oft als kaum überwindbare Gegensätze gesehen. Und es lassen sich ja einstweilen auch genügend Beispiele dafür finden, dass es tatsächlich so ist: Die Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger, zentrale Grundlage des weltweit vorherrschenden Entwicklungs- und Industrialisierungsmodells, hat ausgebeutete und zerstörte Landschaften, Boden-, Luft- und Gewässerverschmutzung sowie eine Anreicherung klimaverändernder Spurengase in der Atmosphäre zur Folge, die zu einem Temperaturanstieg mit voraussichtlich sehr weitreichenden Folgen führen wird. Davon sind die Zunahme an Wetterextremen und Dürren, das Schmelzen der Gletscher mit seinen weitreichenden Konsequenzen für unsere Wasserregime oder der Anstieg des Meeresspiegels, der die zahllosen küstennahen Ballungsräume in ihrer Existenz bedroht, nur die markantesten. Die immer intensivere Landnutzung, getrieben von anhaltend hohem Bevölkerungswachstum und zunehmend ressourcenzehrenden Lebensstilen, hat einen Schwund an biologischer Vielfalt ebenso zur Folge wie den Verlust wertvoller Natur- und Agrarräume und die Ausbreitung von Erosion, Halbwüsten und Wüsten. Ganz Ähnliches gilt für die Meere, die hohe Schadstoff-, Nährstoff- und Kunststofffrachten aufnehmen müssen sowie von Übersäuerung und Übernutzung, vor allem von Überfischung und „Meeresbergbau“, bedroht sind. Die wissenschaftlichen Studien, die diese Entwicklungen beschreiben und empirisch unterlegen, sind mittlerweile Legion.¹

Reduktionsimperative: Klimagase, Rohstoffe, Flächen

Besonders die reichen Industriestaaten sind heute weit davon entfernt, nachhaltig zu wirtschaften. An drei Beispielen wird dies besonders deutlich:

- (1) Beim Ausstoß von Kohlendioxid und anderen Spurengasen operieren die Industriestaaten weit jenseits dessen, was klimaverträglich und zukunftsfähig ist.² Während jeder Erdenbürger im Durchschnitt etwa 2 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ausstoßen dürfte, wenn der Klimawandel in tolerablen Grenzen gehalten werden soll, stößt der durchschnittliche Deutsche etwa 10 t aus und der durchschnittliche Nordamerikaner 20 t. Mit anderen Worten: Beim Ausstoß von Treibhausgasen liegen die Industriestaaten um einen Faktor 5 bis 10 über dem, was akzeptabel wäre. Es geht also um nichts Geringeres als eine Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes um 80 bis 90 Prozent innerhalb der nächsten drei bis vier Dekaden. Das Besondere: Anders als bei den klassischen Luftschadstoffen (Staub, Schwefeldioxid, Stickoxide) können die klimaverändernden Spurengase nicht mittels nachgeschalteter Reinigungstechnik („End of the pipe-Technology“) zurückgehalten werden.³ Es geht mithin um die reale Minderverbrennung der fossilen Energieträger um die genannte Größenordnung, also 80 bis 90 Prozent!
- (2) Bei Kohle, Öl, Gas, Mineralien, Erzen und seltenen Erden liegt der Verbrauch der Indus-

triestaaten (inklusive der ökologischen Folgen und „Rucksäcke“, die zumeist in anderen Teilen der Welt anfallen bzw. dorthin ausgelagert werden) sehr hoch und verkürzt so die Reichdauer der entsprechenden Ressourcen erheblich.⁴ Unabhängig davon, ob „Peak Oil“, „Peak Gas“ oder „Peak Everything“ bereits erreicht worden sind und unabhängig davon, ob dieses Fördermaximum durch ökologisch hochriskante Förderpraktiken wie das „Fracking“ noch nennenswert hinausgeschoben werden kann,⁵ gilt: Die Preise für die meisten nicht-erneuerbaren Rohstoffe werden über kurz oder lang steigen und so erhebliche ökonomische und soziale Konsequenzen für importabhängige Staaten haben, vor allem für die ärmsten und rohstoffarmen unter ihnen. Auch in Bezug auf die nicht-erneuerbaren Ressourcen sollte für die Industriestaaten deshalb die „Faktor 5“- oder die „Faktor 10“-Regel⁶ herangezogen werden: Ihr „Verbrauch“ muss in den nächsten drei bis vier Dekaden um 80 bis 90 Prozent sinken – ein gewaltiger Veränderungsimperativ, diesmal nicht von der Seite der „Senken“ (z.B. der Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für menschengemachte Spurengase) her, sondern von der Seite der Ressourcenverfügbarkeit.

- (3) Durch ihre ressourcenintensiven Lebensstile nehmen die Industriestaaten der Nordhemisphäre in erheblichem Umfang Flächen in anderen Teilen der Welt, vor allem in den Ländern der Südhemisphäre, in Anspruch. Das gilt nicht nur für Minen, Gruben oder Förderfelder, sondern auch für landwirtschaftliche Nutzflächen, die für den Anbau von Nahrungsmitteln, Futtermitteln und zunehmend auch Energiepflanzen in Anspruch genommen werden. Industrieländer wie Deutschland, die

sich durch große Bevölkerung, hohe Besiedlungsdichte und hohen Fleisch- (und damit Futtermittel-) Konsum auszeichnen, belegen das Doppelte der eigenen Landesfläche in anderen Teilen der Welt: Der „ökologische Fußabdruck“ übersteigt die eigene „Biokapazität“ mithin erheblich, muss also deutlich reduziert werden, um im Weltmaßstab als nachhaltig gelten zu können⁷.

Einstweilen kann also für das Thema Nachhaltigkeit folgende Faustregel gelten: Je reicher ein Land ist, desto mehr klimaverändernde Spurengase stößt es aus, desto mehr erneuerbare und nicht-erneuerbare Ressourcen verbraucht es und desto mehr Fläche (im In- und Ausland) belegen seine Bewohner pro Kopf.

In den bisherigen Nachhaltigkeitsstrategien ist das Schwergewicht auf Fragen der Technik gelegt worden. Das ist in mancher Hinsicht auch nachvollziehbar, weil Themen wie erneuerbare Energie, eine verbesserte Energie- und Ressourceneffizienz, die Kreislaufwirtschaft oder produktionsintegrierter Umweltschutz durchaus erhebliche Umweltentlastungspotenziale bieten. Dennoch wird immer offenkundiger, dass rein technikzentrierte Nachhaltigkeitsstrategien „zu kurz springen“. Fast immer werden technische Effizienzsteigerungen durch Wachstumseffekte wieder aufgeessen, so dass der Energie-, Umwelt und Ressourcenverbrauch im Ergebnis nicht sinkt oder sogar ansteigt: Ja, wir haben sparsamere Autos, aber immer mehr Autos, ja, wir haben sparsamere Elektrogeräte, aber immer mehr elektrische Anwendungen, ja, wir haben einen verringerten Raumwärmebedarf pro Quadratmeter Wohnfläche, aber immer mehr Wohnfläche pro Kopf. Dieses „Muster“ zieht sich durch sämtliche Industriegesellschaften. Ökonomisch gesprochen: Zwar ist es durch technisch-or-

ganisatorischen Fortschritt zu einer relativen Entkopplung von Sozialprodukt und Energieverbrauch gekommen, aber eben nicht zu einer absoluten. Die aber ist dringend notwendig, um die erforderlichen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele zu erreichen, sprich: Eine Absenkung des Ausstoßes an klimaverändernden Spurengasen sowie des stofflichen und energetischen Grundumsatzes unserer Volkswirtschaften um einen Faktor 5 bis 10 bis zur Mitte des Jahrhunderts.

Nachfolgend will ich deshalb das Schwergewicht nicht auf technische Innovationen legen, deren Notwendigkeit nicht in Abrede gestellt wird, sondern auf soziale Innovationen und hier wiederum auf solche, die in besonderer Weise mit wirtschaftlicher Aktivität und Ressourcenfragen verbunden sind. Meine Hypothese lautet: Soziale Innovationen (besonders wirtschaftsbezogene) haben ein ebenso großes Umweltentlastungspotenzial wie technische Innovationen, vielleicht sogar ein größeres.⁸ Diesen Gedanken will ich an fünf Leitbegriffen diskutieren: der Ökonomie des Teilens, der Ökonomie der Langlebigkeit, der Ökonomie des Prosumierens, der Ökonomie der Subsidiarität, der Ökonomie der Resilienz.

Die „Ökonomie des Teilens“: Ressourcenschonung durch kooperative Nutzungsformen

Im Zuge der kapitalistischen Entwicklung, der Herausbildung der Konsumgesellschaft und der zunehmenden Individualisierung des modernen Menschen sind gemeinschaftliche Nutzungsformen zurückgedrängt worden bzw. haben sich zurückentwickelt. Seit geraumer Zeit erleben wir jedoch vor allem in urbanen Räumen eine Renaissance gemeinschaftlicher Nutzungsformen: von Gemeinschaftsgärten bis zu gemeinschaftlichen

Wohnformen, vom Car Sharing bis zum Couch Surfing, von Mitfahrzentralen bis zum Geräteverleih. Hinzu kommen interessante Innovationen des gemeinsamen Wirtschaftens wie das Chemikalien-Leasing in der Industrie, Maschinenringe in der Landwirtschaft oder das „Crowd Funding“ in der Projektfinanzierung. Einige dieser Kooperationsformen (z.B. im Verkehrsbereich) sind non-kommerziell (z.B. Nachbarschaftsautos), andere sind para-kommerziell (z.B. Mitfahrgelegenheiten), wieder andere sind dabei, sich zu attraktiven „Business Cases“ zu entwickeln (Car Sharing, Fernbusreisen). Momentan haben wir es mit einer bunten Mischung aus kooperativen Wirtschaftsaktivitäten zu tun, die sich nicht leicht systematisieren lassen. Was sich sagen lässt, ist, dass drei starke Faktoren diese Prozesse fördern, vor allem bei jungen Menschen: ein hohes Umwelt- und Verantwortungsbewusstsein, ein gestiegenes Kostenbewusstsein und eine abnehmende Bedeutung von Eigentum als Statussymbol. Es ist davon auszugehen, dass sich der Trend „Gemeinschaftlich nutzen statt individuell besitzen“ verstärken wird.

Worin kann der Beitrag der „Sharing Economy“ zur nachhaltigen Entwicklung liegen und wie hoch ist er einzuschätzen?⁹ Nun, auf der Plausibilitätsebene ist die Ressourcenentlastung durch „Sharen“ sehr hoch: Wenn nicht jeder Haushalt eine Bohrmaschine, einen Rasenmäher oder ein Auto besitzt, sondern sich jeweils mehrere Haushalte diese Gebrauchsgegenstände teilen, kann der Ressourcenverbrauch deutlich sinken. Zwar steigt die Auslastung der Geräte und damit der Energieverbrauch pro Zeiteinheit, aber zugleich müssen weniger dieser Geräte produziert werden, was Rohstoffe aller Art einspart. Ökonomisch gesprochen: Ressourcenintensive (Geräte-)Hardware wird durch intelligentere und weniger ressourcenintensive (Kooperations-)Software substituiert.

Die Produzenten der Geräte und Maschinen verlieren Umsatz, können sich aber möglicherweise durch Wartung, Service und neue Geschäftsmodelle (z.B. Vermietung oder Verleih) eine engere Kundenbindung verschaffen und wegfallenden Umsatz so ganz oder teilweise kompensieren.

Inwieweit sich die Nachhaltigkeitspotenziale der „Ökonomie des Teilens“ wirklich heben lassen, hängt vor allem von der Frage ab, ob es zu „Rebound-Effekten“ kommt, ob also die (durch Teilen) eingesparten Mittel gleich wieder in neue Konsumoptionen gesteckt werden. Wenn das der Fall ist, sind Sharing-Optionen nichts anderes als eine weitere Möglichkeit in der Multioptionsgesellschaft. Wenn der (durch Teilen) verringerte Finanzierungsbedarf für Geräte und Maschinen jedoch in weniger materialintensive Aktivitäten (z.B. Bildung, Kunst, Regeneration von Mensch und Natur) investiert oder (etwa durch reduzierte Erwerbsarbeit und/oder mehr Eigenarbeit) real „weggespart“ wird, sind durchaus erhebliche Ressourcenentlastungseffekte zu erwarten.

In welchem Umfang sie liegen, darüber bestimmt auch die Politik mit, etwa durch steuerliche Rahmensetzung (z.B. Steueranreize für Gemeinschaftsnutzungen), ordnungsrechtliche Bestimmungen (z.B. privilegiertes Parken von Car Sharing-Fahrzeugen im öffentlichen Straßenraum oder baurechtliche Privilegierung von gemeinschaftlichen Wohnvorhaben) oder soziale Regulierungen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen etwa würde es den Menschen erlauben, sich ein nachhaltiges „Tätigkeitsmenü“ aus Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Familienarbeit, Nachbarschaftshilfe oder sozialem und kulturellem Engagement zusammenzustellen, das zusätzlichen Wachstumswang aus dem System nähme und so zur Nachhaltigkeit beitrüge.

Die „Ökonomie der Langlebigkeit“: Ressourcenschonung durch Produktqualität und eine neue Reparaturkultur!

Dass neben der Funktionalität auch die Langlebigkeit von Gebrauchsgegenständen sowie ihre Wartungs- und Reparaturfreundlichkeit darüber bestimmen, ob man es mit einem guten oder einem schlechten Produkt zu tun hat, gehörte lange Zeit zu den absoluten Selbstverständlichkeiten unserer Kultur. Dieses Empfinden ist der Konsum- und Wegwerfgesellschaft gründlich abhanden gekommen. Schuhe und Kleider landen bei den ersten Anzeichen von Vergänglichkeit nicht mehr beim Schuster oder bei der Schneiderin, sondern in der „Wertstoffsammlung“; Mobiltelefone und Smartphones werden im Ein- oder Zweijahrestakt „entsorgt“, weil die nächste „Generation“ von Geräten auf den Markt drängt und man nicht abgehängt werden will; den Gang zum Elektronikmarkt mit dem Ziel, ein defektes Gerät reparieren zu lassen, spart man sich heute am besten. Er führt beim „Fachpersonal“ meist zu entgeisterten Blicken und der stets gleichen Antwort: „Wenn Sie noch in der Garantiezeit liegen, haben Sie Glück: Dann erhalten Sie von uns gratis ein neues Gerät. Wenn die Garantie abgelaufen ist, kaufen Sie sich besser ein neues Gerät. Das ist billiger als das alte reparieren zu lassen.“

Diese Fehlentwicklung ist ein gewaltiger Treiber der Ressourcenvergeudung. Das Fatale ist, dass sie sich aus drei Ursachen gleichermaßen speist: Dem Interesse von Teilen der Wirtschaft, Produkte schnell veralten und verschleissen zu lassen, was bis hin zu der perversen Praxis führt, die man neuerdings „geplante Obsoleszenz“ nennt, also das vorsätzliche „Kaputtgehenlassen“ und „Entwerfen“ von Gebrauchsgegenständen nach möglichst

kurzer Zeit (idealerweise unmittelbar nach Ablauf der Garantiefrist); der immer stärkeren Beschleunigung von Modewellen, die von vermeintlich veränderten Geschmäckern und vermeintlichen technischen Fortschritten befeuert werden, wofür mit Hilfe von Werbung und willfährigen Medien alles Mögliche getan wird; der abnehmenden Fähigkeit oder Bereitschaft vieler „moderner“ Menschen, ihre Gebrauchsgegenstände so zu pflegen, warten und reparieren, dass sie ein langes und nutzenstiftendes Leben haben. Die De-Qualifizierung unserer Gesellschaft in Sachen „handwerkliches Können“ ist ein bislang kaum diskutiertes Phänomen, obwohl es sich in Krisenzeiten als existenzielle Gefährdung erweisen könnte: Wer nichts mehr oder nur noch wenig selber machen kann und vollständig von anderen abhängt, ist im Falle von extern ausgelösten Krisen schlicht nicht resilient, also robust genug, um sich selbst helfen zu können.

Es ist interessant zu sehen, dass sich gegen die Wegwerfkultur mittlerweile landauf, landab ein Widerstand formiert, der weit über die technokratische Philosophie der „gelben Tonne“ und des „Grünen Punktes“ mit ihrem braven Mülltrennungsbiedersinn hinausgeht.¹⁰ In vielen Städten entstehen „Repair Cafés“, in denen man sich wechselseitig beim Reparieren hilft und dabei Spaß hat; in Ganztagschulen bringen Handwerker im (Un)Ruhestand den Kindern bei, wie man alte Stühle wieder auf Vordermann bringt oder Steinmauern ausbessert; Bauteilebörsen bieten gut erhaltene Türen, Fenster oder Kacheln feil und ziehen so Kunden an, die entweder wenig Geld haben oder auf der Suche nach Authentizität, nach „echten“ Dingen sind; junge Modedesignerinnen entwickeln Upcycling-Mode, die bewusst auf vorhandene Materialien setzt und sich durch Robustheit und Eleganz gleichermaßen auszeich-

net; eine neue Generation von Architektinnen und Architekten setzt auf Bestandsarchitektur und arbeitet mit und an den vorhandenen Gebäuden;¹¹ in Tauschringen wird Musikunterricht gegen Schreinerarbeit, Reitstunde gegen Autoreparatur getauscht. Und ganz allmählich bilden sich neue Netzwerke und politische Initiativen, die das allgegenwärtige Wegwerfen, vor allem das vorzeitige Wegwerfen von funktionsfähigen Dingen, kritisieren und Alternativen dazu entwickeln. Wie kann eine neue Reparaturkultur befördert werden? Zunächst einmal geht es sicher um das „Reskilling“ breiter Bevölkerungskreise, also die Wiederbefähigung zum Pflegen, Warten und Reparieren von Gebrauchsgegenständen. Ein Fach wie „Werken“ sollte in den Schulen wieder so selbstverständlich werden wie das Basteln im Kindergarten; Gebrauchsanleitungen sollten obligatorisch auch Wartungs- und Reparaturanleitungen enthalten; Weiterbildungseinrichtungen wie kommunale Werkstätten, Volkshochschulen oder auch kirchliche Einrichtungen sollten „Reskilling“ zum selbstverständlichen Bestandteil ihres Angebots machen. Und wo immer möglich sollten Gemeinden Aktivitäten wie „Repair Cafés“, Bauteilebörsen oder Immobilienrenovierung nach Kräften fördern.

Bei der Ehre gepackt fühlen sollten sich besonders Unternehmen. Es muss wieder selbstverständlich werden, dass, wer an seine Produkte glaubt, skandalöse Praktiken wie die „geplante Obsoleszenz“ oder die „Nicht-Reparierbarkeit“ zum Tabu erklärt. Den unabhängigen Verbraucherschutzorganisationen kommt eine bedeutende Rolle dabei zu, die „schwarzen Schafe“ zu identifizieren und sie dem Licht der Öffentlichkeit auszusetzen. In einer an Beständigkeit und Produktverantwortung ausgerichteten Wirtschaft wird der Anteil der Wegwerfprodukte sinken und der Anteil von

Pflege-, Wartungs- und Reparaturdienstleistungen wachsen, was alles in allem keineswegs zu Lasten der Wertschöpfung gehen muss. Am besten ist es natürlich, wenn sich die Logik der Wirtschaftswelt von allein in Richtung „Schließung von Stoff- und Verantwortungskreisläufen“ entwickelt, sei es aus Gründen der intrinsischen Motivation (Produktionsethos), der veränderten Verbraucherpräferenzen (Wertewandel) oder aus Gründen steigender Energie- und Ressourcenpreise.

Die „Ökonomie des Prosumierens“: Ressourcenschonung durch Entfremdungsabbau!

Die Trennung von Produktion und Konsum und deren „Entfremdung“ voneinander sind bestimmende Merkmale der modernen Ökonomie. Der Schlüsselbegriff ist hier die Arbeitsteilung: Alle Prozesse werden in Teilständigkeiten zergliedert, und die Verantwortung wird nur für den jeweils eigenen „Zuständigkeitsbereich“ übernommen, nicht aber für „das Ganze“. Der Stromkonzern produziert, transportiert und verteilt Strom, der Kunde bezieht ihn. Der Automobilkonzern produziert Autos und flicht ein Netz von Verkaufshäusern und Vertragswerkstätten übers Land, der Kunde kauft das Auto und soll damit fahren (ansonsten aber möglichst die Finger davon lassen). Der Agrarsektor produziert und verarbeitet Lebensmittel, der Handel handelt mit ihnen, der Kunde kauft sie im Supermarkt, ohne viel über sie zu wissen. Und so weiter.

Diese Trennung von Produktion und Konsum und die daraus folgende wechselseitige Entfremdung von Produzierenden und Konsumierenden mag (durch Arbeitsteilung und „Economies of Scale“) zu verbesserter gesamtwirtschaftlicher Produktivität geführt haben. Einer nachhaltigen Entwick-

lung ist sie nicht zuträglich, weil „systemische“, „integrative“ und „prozessorientierte“ Lösungen hier erschwert oder gar verunmöglicht werden.

Betrachten wir es lebenspraktisch: Für das, was ich nicht kenne, übernehme ich keine Verantwortung: Das Schaf, das ich aufwachsen sehe, verspeise ich mit anderen Empfindungen als das Lammfleisch, das ich im Supermarkt gekauft habe. Den Drahtesel, den ich zigmal gerichtet, geflickt oder geputzt habe, schätze ich anders als das neue, aber jederzeit austauschbare Fahrrad aus dem Discount-Laden. Die selbst gestrickte Mütze, die mir der Freund oder die Freundin zum Geburtstag schenkte, bedeutet mir mehr als die, die ich mir im Kaufhaus beschaffte.

Kurzum: Durch das Selbermachen, das „Annehmen“ von Dingen und ihre „Beseelung“ über die Zeit entsteht Verbundenheit. Verbundenheit¹² wiederum erfordert und erzeugt Konzentration, sie lässt es gar nicht zu, sich an zu viele Dinge zu binden, weil Zeit und Achtsamkeit begrenzt sind. Im Ergebnis kann durchaus mit einer hohen Plausibilität gesagt werden, dass das Überwinden von Entfremdung und die Konzentration auf das Wertgeschätzte zwei starke Treiber für nachhaltige Entwicklung sind.

Wenn wir von der persönlichen auf die gesellschaftliche, politische und volkswirtschaftliche Ebene wechseln, lassen sich durchaus schon heute relevante Entwicklungen erkennen, die sich durch das Überwinden der Erzeuger-Verbraucher-Entfremdung und die Herausbildung von Proumenten-Netzwerken¹³ auszeichnen.

Die Eigenerzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen durch Bürgerinnen und Bürger, Energiegenossenschaften und Stadtwerke führt Schritt

für Schritt zu einer Dezentralisierung und gesellschaftlichen „Wiedereinbettung“ der Energieversorgung und reißt die Hürden zwischen Energieerzeugern und Energieverbrauchern ein.¹⁴ Dies gilt auch für die neuen Energiedienstleister, die ihren Kunden dabei helfen, Energie einzusparen, effizienter zu nutzen und anders zu erzeugen, etwa in kleinen Blockheizkraftwerken für Mietshäuser, Quartiere oder Unternehmen. Entsprechend groß ist der Anpassungsdruck auf die großen Stromkonzerne, deren altes Geschäftsmodell des bloßen „Stromverkaufs“ in der Krise steckt.

Im Bereich der Nahrungsmittelproduktion sind heute Phänomene wie organischer Landbau, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Gemüseboxen-Abonnements und Ökodörfer durchaus verbreitet, bilden aber nur eine Nische. Weniger direkte, aber durchaus wirksame Formen der Erzeuger-Verbraucher-Rückkopplung finden sich in Einzelhandelsgeschäften, die offensiv über die Herkunft und die Herstellungsweise ihrer Produkte Auskunft geben, etwa Bioläden, Metzgereien oder Obst- und Gemüsehändler. Am schwächsten ist die ökologische Erzeuger-Verbraucher-Rückkopplung in den Supermärkten, deren Kommunikation (neben dem alles überragenden Preisschild) über Label läuft, nicht über präzise Herkunfts- und Produkt(information)en. Aber hier sollte gelten: Ein Schritt in die richtige Richtung (biologische Kennzeichnung) ist besser als gar keiner. Sicher sind die Prosumenten-Netzwerke im Nahrungsmittelbereich noch nicht so stark ausgeprägt wie im Energiesektor, aber die in diese Richtung gehenden Tendenzen sind durchaus vielversprechend und im Wachstum begriffen.¹⁵

Während sich schon heute relativ viele Menschen fragen, wo und wie ihr Strom erzeugt und wo und

wie ihre Nahrungsmittel produziert werden, stellen sich bislang nur wenige die Frage: Was macht die Bank eigentlich mit meinem Geld? Auch hier jedoch sind spätestens seit der Finanzkrise von 2008 weltweit bemerkenswerte Veränderungen im Gange. Einen starken Zuspruch erfahren sogenannte „Social Banks“ und „Ethikbanken“,¹⁶ die sich in ihrer Geschäftspraxis auf Nachhaltigkeit, sozialen Zusammenhalt, Transparenz und Kundennähe ausrichten, spekulative und ethisch fragwürdige Geschäfte ablehnen und zunehmend zum „moralischen Maßstab“ für konventionelle Banken werden. Wenn ich als Bankkunde darüber (mit)bestimmen kann, in welche (ökologischen, sozialen, kulturellen, privaten oder gewerblichen) Projekte mein Geld fließt, bin ich natürlich stärker rückgekoppelt als der gewöhnliche Bankkunde, der seine Verantwortung am Bankschalter abgibt. Ich nutze mein Geld quasi als „soziales Gestaltungsmittel“. Beim „Social Banking“ gilt das Gleiche wie bei erneuerbaren Energien und den biologisch erzeugten Nahrungsmitteln: Es ist in Zukunft mit einem starken Zuwachs zu rechnen. Wie stark er ausfällt, hängt von der Bereitschaft der Banken zum „Kulturwandel“ ebenso ab wie vom Wertewandel bei den Kunden und der politischen Regulierung des Bankensektors.

Die „Energiewende“ und die „Agrarwende“ in Deutschland haben – bei aller Unzulänglichkeit und immer offenkundiger werdenden Überarbeitungs- und Ergänzungsbedürftigkeit – deutlich gemacht, dass Politik das Herauswachsen nachhaltiger Praktiken aus der Nische in den Mainstream begünstigen kann, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Die Stimulierung von Eigenproduktion, die Rückbindung der Produzenten an die Konsumenten und der Ökonomie an die Region sind dabei zentrale Bausteine. Vergleichbare Schritte stehen für die Bankenregulierung noch

ebenso aus wie für das Management der Stoffströme, die Verbesserung des Bodenschutzes oder die Wahrung der biologischen Vielfalt.

Fassen wir die Überlegungen zur Ökonomie des Prosumierens kurz zusammen: Entfremdung und durchtrennte Rückkopplung (zwischen Produzenten und Konsumenten) sind zwei starke Treiber der Nicht-Nachhaltigkeit. So gesehen ist die ökonomische Globalisierung mehr als alles andere eine „Entbettung“ der Ökonomie aus ihren regionalen Sozial- und Naturbezügen sowie eine Entfremdungsbeschleunigung zwischen Produzierenden und Konsumierenden. Die Re-Integration der Sphären von Erzeugung und Verbrauch ist deshalb ein wesentliches Element jedweder Nachhaltigkeitsstrategie: Die Stärkung dezentraler (wenn möglich erneuerbarer) Energieerzeugung, regionaler (wenn möglich biologischer) Landwirtschaft, genossenschaftlicher und kommunaler (wenn möglich ethischer) Banken oder generell des regionalen (wenn möglich ökologischen) Wirtschaftens mit hoher innerregionaler (statt externer) Produktions- und Konsumtionsverflechtung bietet erhebliche Potenziale zur Verbesserung der Ressourcenbilanz und zur Erhöhung der regionalen Resilienz.

Die „Ökonomie der Subsidiarität“: Ressourcenschonung durch De-Globalisierung!

Es dürfte deutlich geworden sein, dass das Teilen und gemeinschaftliche Nutzen von Gütern, die Erhöhung der Produktlebensdauern, die Verbesserung der Reparaturfreundlichkeit von Gebrauchsgegenständen und die Re-Integration von Erzeugung und Verbrauch allesamt einen immanenten Trend zur Re-Regionalisierung der Produktions- und Konsumtionsstrukturen mit sich bringen. Die

ökologischen Vorzüge dieser Entwicklung liegen auf der Hand und betreffen vor allem die Energie- und Transportintensität der Ökonomie. Sie geht deutlich zurück, weil weniger weggeworfen, weniger importiert, weniger transportiert und weniger (schnell) nachproduziert wird bzw. werden muss.

Manche ziehen aus dieser Tatsache deshalb den Schluss, am besten sei es, wenn die ressourcenverschlingenden Industriegesellschaften gänzlich zu einer primär regionalen Subsistenzwirtschaft zurückkehrten. In Kombination mit der Orientierung an gesellschaftlicher „Suffizienz“ (mit Genügsamkeit nur unzureichend übersetzt) könne uns die „Subsistenz“ in den sicheren Hafen der Nachhaltigkeit führen. So sympathisch (aber auch politisch harmlos) diese Sichtweise auch ist, so sehr verkennt sie doch, wie weit sich die modernen Gesellschaften von der Subsistenzwirtschaft bereits entfernt haben, wie sehr sich die Bedingungen des Wirtschaftens in einer Welt mit heute über 7 Milliarden und bald 9 oder 10 Milliarden Menschen gegenüber den vorindustriellen Zeiten geändert haben und wie groß die Anziehungskraft des „westlichen Entwicklungsmodells“ einstweilen noch ist (was man natürlich bedauern kann).

Sinnvoller als die generelle Orientierung am Leitbild der „Subsistenz“ scheint mir deshalb diejenige am Leitbild der „Subsidiarität“, und zwar in einem doppelten Sinne. So wie politisch unter Subsidiarität verstanden wird, dass der Regelung auf höherer Ebene nicht bedarf, was auf unterer Ebene besser oder gleich gut geregelt werden kann, so hätte im Ökonomischen zu gelten, dass Güter im Nah-Raum hergestellt werden sollen, wann immer dies praktisch möglich und ökonomisch darstellbar ist.¹⁷ Orientiert man sich an diesem Prinzip, so liegt unmittelbar auf der Hand, dass der Löwenanteil dessen, was wir an Nahrungsmit-

teln, Gebrauchs- und Investitionsgütern benötigen, „in der Heimat“ (John Maynard Keynes) hergestellt werden kann. Kritisch wird es bei Gütern, die wir selbst aus klimatischen oder geologischen Gründen nicht produzieren oder fördern können (Zitrusfrüchte, Edelhölzer, Öl, Gas, seltene Erden usw.). In einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Strategie stellt sich dann die Frage, ob wir diese Güter wirklich (noch) brauchen. Wenn nein, Verzicht aus welchen Gründen auch immer aber nicht in Frage kommt, sollte auf Substitutionsstrategien gesetzt werden. Wenn ja, dann geht es im Sinne der Subsidiarität darum, auf der höheren (nationalen, supranationalen, internationalen) Ebene Arrangements für Nachhaltigkeit zu suchen, etwa in Form von Handels- und Umweltverträgen oder Besteuerungsregelungen, die sozial-ökologische Standards für alle festschreiben und so sicherstellen, dass nicht das Recht des Stärkeren zum Tragen kommt.

So verstanden bedeutet Subsidiarität also zweierlei: Vorfahrt für regionale und dezentrale Produktion *UND* nachhaltigkeitsorientierte Regulierung der internationalen Güterströme mit dem Ziel, Wettbewerbsfairness und „ökologisch wahre“ Preise sicherzustellen. Ein solcher Weg erscheint mir realistischer als eine abkopplungsorientierte Regionalisierungs-Strategie, die sich schnell den Vorwurf der „Weltabgewandtheit“ und der Ignoranz gegenüber den Interessen anderer Länder (etwa der exportorientierten Entwicklungsländer) einhandeln würde, möglicherweise zu Recht. So wie es möglich ist, sich als Kölner, Rheinländer, Deutscher, Europäer und Weltbürger zugleich zu fühlen, so ist es auch möglich, für ökonomische Regionalisierung und gerechte „Globalisierung“ gleichermaßen einzutreten.

Das Subsidiaritätsleitbild eignet sich aber im hier besprochenen Kontext auch noch in einem zweiten Sinne: So wie es im Privaten oft vernünftig ist, Aufgaben zunächst einmal selbst oder mit Hilfe von Familienmitgliedern oder Freunden zu erledigen statt sie von anderen (gegen Geld) erledigen zu lassen, so ist es im Ökonomischen oft vernünftig, zu Erledigendes oder zu Beschaffendes nicht über den Markt und über Geld (das ja vorher zu erwirtschaften ist) abzuwickeln, sondern über Eigenarbeit, Tausch, Familien-, Freundes- oder Nachbarschaftshilfe, kurz: über den sogenannten informellen Sektor. Wer vieles selbst oder gemeinsam mit anderen tut, vom Gartenbau bis zum Kochen, von der Fahrradreparatur bis zur Wohnungsrenovierung, statt diese Leistungen auf dem Markt zuzukaufen, findet so vielleicht nicht nur Erfüllung und Arbeitsfreude, sondern muss auch weniger „Geld verdienen“, kann also sein Angebot auf dem Erwerbsarbeitsmarkt reduzieren, wenn er es denn will. Die Kombination von (am besten tarifvertraglich vereinbarter) Arbeitszeitverkürzung und „Stärkung des informellen Sektors“ (kurz: des nicht-marktbasierten Gemeinsam- und Selbermachens) ist m.E. eine der erfolgversprechendsten sozialen Nachhaltigkeitsstrategien der Gegenwart mit hohem Umweltentlastungs- und Ressourceneinsparpotenzial.

Eine „Ökonomie der Subsidiarität“ stärkt also den regionalen gegenüber dem globalen Markt und den informellen gegenüber dem formellen Sektor der Wirtschaft, allerdings ohne das jeweils Erstgenannte ideologisch zu überhöhen und das jeweils Letztgenannte als Teufelswerk zu brandmarken. Auch hier kann ein Blick aus der Theorie auf die Lebenspraxis von sozialen Gemeinschaften wie Biohöfen, Wohnprojekten oder Energiegenossenschaften helfen: Platz ist dort für den High-Tech-Ingenieur, der bei einem Weltkonzern

arbeitet und sehr gut verdient, ebenso wie für den pensionierten Ex-Lehrer, der den „Behördenkram“ erledigt, die „arbeitslose“ Philosophin, die das Beschaffungswesen und die Vermarktung managt, und den „ewigen“ Studenten, der die Kinder der Gemeinschaft betreut und auch als Fahrer unverzichtbar ist. Eine Rhetorik der „Abkopplung“ von der Gesellschaft spiegelt die Realität solcher Gemeinschaften schlicht nicht wider.

Die „Ökonomie der Resilienz“: Ressourcenschonung durch robuste Autonomie!

In verschiedenen Passagen dieses Vortrags ist von „Resilienz“ die Rede gewesen, ohne dass der Begriff weiter spezifiziert worden wäre. Resilienz ist ein Terminus aus der Systemtheorie, der die Widerstandsfähigkeit eines Systems gegenüber (insbesondere extern ausgelösten) Störungen beschreibt. Es wird also (etwa in der Katastrophenvorsorge, der Ökosystemtheorie oder der Psychologie) die Frage gestellt: Wie ist es mit der Fähigkeit eines Systems bestellt, mit Veränderungen umgehen zu können? In jüngerer Zeit ist von verschiedener Seite versucht worden, den Resilienzbezug für die Nachhaltigkeitsdebatte fruchtbar zu machen.¹⁸

Wählt man diesen Angang ans Thema, dann drängen sich natürlich für Industriestaaten wie Deutschland manche Fragen unmittelbar auf: Wenn Verkehr, Industrieproduktion und Haushalte stark vom Erdöl abhängen, was passiert, wenn die Quellen versiegen, die Zufuhr unterbrochen wird oder die Preise explodieren? Wenn unsere Landwirtschaft, unsere Wasserwirtschaft und unsere Siedlungen auf ein stabiles Klima hin ausgelegt sind, an das wir uns über Jahrhunderte hinweg angepasst haben, was passiert, wenn sich dieses

Klima rasant verändert? Wenn die (relative) Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme, unserer Arbeitsmärkte und unserer Staatsfinanzen vom permanenten Wirtschaftswachstum abhängt, an das wir uns (trotz all seiner negativen Folgen für die Nachhaltigkeit) so sehr gewöhnt haben, was passiert, wenn es über einen längeren Zeitraum oder gar dauerhaft ausbleibt und wir uns (mindestens in einigen Regionen) eher mit Schrumpfungsmangement befassen müssen?

Die Antworten auf diese Fragen blenden Wirtschaft, Politik und Gesellschaft heute fast vollständig aus, weil sie so unangenehm sind: Wenn das Öl nicht mehr fließt, gerät unsere Wirtschaft in eine veritable Krise; wenn das Klima sich rasch ändert, drohen hohe Anpassungskosten, die vielleicht gar nicht mehr geschultert werden können; wenn das Wachstum ausbleibt, werden ausgeglichene Haushalte, sichere Renten und Vollbeschäftigung zu leeren Versprechungen. Im Politikbetrieb setzt man deshalb fast einhellig auf die Erschließung neuer Energie- und Ressourcenquellen, erneuerbare wie nicht-erneuerbare, und hofft ansonsten auf Wirtschaftswachstum, auf konventionelles wie grünes, quantitatives wie qualitatives. Der Hinweis auf Grenzen desselben wird nicht gern gehört und kommt fast nur noch in Sonntagsreden vor.

Der Resilienzansatz geht den umgekehrten Weg und fragt, wie die Abhängigkeit einer Ökonomie von externer Ressourcenzufuhr und permanentem Wachstum reduziert werden kann und wie ihre Robustheit zu stärken ist. Energieeinsparung und erneuerbare Energiequellen sollen zu mehr „Energieautonomie“¹⁹ führen; regionale und saisonale Nahrungsmittel und weniger Fleischkonsum sollen zu weniger Futtermittelimporten und somit „Ernährungsautonomie“ führen; innerregionale

Produktions- und Konsumtionsverflechtungen sollen gegen die Unwägbarkeiten von Weltwirtschafts- und Globalisierungskrisen helfen und „Regionalautonomie“ schaffen; Komplementärwährungen sollen gegen Finanz- und Währungskrisen schützen und „Geldautonomie“ sicherstellen; die Finanzierung von staatlichen Aufgaben und sozialer Sicherung soll vom Wachstum der Wirtschaft entkoppelt und entsprechend umgebaut werden, so dass sie auch in einer „Postwachstumsökonomie“ noch funktioniert.

Dabei ist Autonomie nicht mit Autarkie gleichzusetzen, die ja auf vollständige Abkopplung von überregionalen Stoff-, Güter- und Finanzströmen setzt. Vielmehr meint der Autonomiebegriff die sukzessive Stärkung und Immunisierung der Region gegenüber zu großer Abhängigkeit von außen. Für den „Austausch von Ideen, Kunst, Wissen, Gastfreundschaft und Reisen“ (um noch einmal John Maynard Keynes zu zitieren) ist in dem Resilienzkonzept also mehr als genug Raum, auch für ein verträgliches Niveau an Güter- und Dienstleistungshandel, nicht aber für eine besinnungslose Arbeitsteilung, die auf der steten Suche nach neuen Absatzmärkten, Kostenoptimierungen, Wachstums- und Effizienzpotenzialen jedes Maß für Zeit und Raum verloren hat und neben einigen prosperierenden Gewinnerregionen mehr und mehr Verliererregionen mit sozialer Erosion produziert.

Dass die Idee der Resilienz als expliziter Begründungszusammenhang politisch im Vormarsch ist, lässt sich momentan nicht sagen. Allerorten finden sich im Gegenteil Initiativen, um die Vertiefung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung weiter voranzutreiben und den globalen Fluss an Gütern und Dienstleistungen auszudehnen und zu beschleunigen, wofür das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP nur das jüngste

Beispiel ist.²⁰ Wohl aber können Fragmente dieses Ideengebäudes immer wieder in öffentlichen Argumentationen gefunden werden, etwa wenn es um die Reduzierung der Importabhängigkeit vom Erdöl, die Wiederbelebung der europäischen Krisenökonomien²¹ oder die Reform der Agrarpolitik geht. Um behaupten zu können, dass das Resilienzkonzept mit der Zunahme von krisenhaften Entwicklungen an Gewicht gewinnen wird, muss man keine seherischen Fähigkeiten besitzen. Krisen aktivieren fast immer die Mobilisierung der eigenen Fähigkeiten und Potenziale und fördern die Selbstheilungskräfte. Aber ist ein „change by disaster“ einem „change by design“ wirklich vorzuziehen?

Vernünftiger ist es doch, sich des Themas „Verbesserung der Robustheit“ von Regionen schon heute proaktiv anzunehmen, wie es etwa die weltweite „Transition Town“-Bewegung tut, die mehr und mehr Zuspruch erfährt.²² Im Gegensatz zu den kommunalen „Agenda 21“-Prozessen der neunziger Jahre, die sich im Nachlauf zur Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992) bildeten und in deren Zentrum ebenfalls nachhaltige Energie-, Agrar-, Verkehrs- und Kreislaufwirtschaftskonzepte sowie Fragen der gerechten Weltwirtschaftsordnung standen, handelt es sich bei den kommunalen „Transition“-Initiativen nicht um „Top down“-Ansätze, die ihre Legitimation zuvorderst aus einer Weltkonferenz ableiteten, sondern um echte „Bottom up“-Prozesse, die sich aus der Sorge um die (Über)Lebensfähigkeit und Lebensqualität der eigenen Stadt und der eigenen Region speisen. Wo sich „Selbst(für)sorge“ und „Sorge um die Welt als Ganzes“ verbünden, ist der Einsatz für nachhaltige Entwicklung aller Voraussicht nach durchsetzungstärker und wirkungsmächtiger als bei einer rein egoistischen oder idealistischen Motivlage.

Fazit: Um soziale Innovationen aus der Nische in den Mainstream zu führen, muss die Politik hierfür förderliche Rahmenbedingungen schaffen!

Fassen wir zusammen: Ausgehend von der gut begründbaren Einschätzung, dass eine rein technologie-, wettbewerbs- und wachstumszentrierte Wirtschaftsstrategie uns (nicht zuletzt wegen der Rebound-Effekte) keineswegs auf den Pfad einer nachhaltigen Entwicklung führt, sondern eher in Selbstbetrug mündet, wird hier der Frage nachgegangen, welche sozialen Innovationen das Potenzial haben, zu einer relevanten Absenkung des Ressourcen- und Naturverbrauchs und zur Nachhaltigkeit beizutragen. Dabei findet eine Konzentration auf solche sozialen Innovationen statt, die

einen stark wirtschaftlichen Bezug haben: das Teilen von Gütern und der „kollaborative Konsum“, die Produktlanglebigkeit und das Reparieren, das „Prosumieren“ und die Überwindung der Erzeuger-Verbraucher-Entfremdung sowie die Ausrichtung der Wirtschaft auf Subsidiarität und regionale Verflechtungen, auf Resilienz und Autonomie. Es wird konstatiert, dass all diese Leitorientierungen und sozialen Praktiken ein hohes Nachhaltigkeitspotenzial besitzen und zum Teil auch bereits im Aufwuchs begriffen sind. Allerdings gilt auch, dass sie bei ihrem Weg aus der Nische in den Mainstream der politischen Unterstützung bedürfen, die von förderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen über steuerliche Anreize bis zur Neuorganisation von sozialen Transfersystemen reichen kann.²³

- ¹ Wer sich einen Überblick über diese doch sehr deutlichen Fakten verschaffen will, kann das auf den Webseiten des Umweltprogramms (www.unep.org), des Ernährungsprogramms (www.fao.org), des Entwicklungsprogramms (www.undp.org) oder des Bevölkerungsprogramms (www.unfpa.org) der Vereinten Nationen tun. Sehr gute Überblicke über die globalen Umweltgefahren und die nicht eingehaltenen planetaren Grenzen geben das Stockholm Resilience Center (www.stockholmresilience.org), die Europäische Umweltagentur (<http://www.eea.europa.eu/de>) und der Wissenschaftliche Beirat für globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (www.wbgu.de).
- ² <http://www.ipcc.ch/>
- ³ Die Hoffnung, das Kohlendioxid könne mittels der CCS-Technologie („Carbon Capture and Storage“) abgeschieden und später endgelagert werden, steht aus Kosten- und Akzeptanzgründen auf tönernen Füßen. Vgl. hierzu: <http://wupperinst.org/projekte/themen-online/carbon-capture-and-storage/>
- ⁴ <http://www.unep.org/resourcepanel/>
- ⁵ Siehe hierzu: <http://www.postcarbon.org/>
- ⁶ <http://www.factor10-institute.org/>
- ⁷ <http://www.footprintnetwork.org/de/>
- ⁸ Ausführlich zur Begründung siehe: Reinhard Loske, *The Good Society without Growth*, Basiliken-Presse, Rangsdorf 2013, 152 S.
- ⁹ Für eine Potenzialabschätzung: http://www.boell.de/sites/default/files/Endf_NutzenStattBesitzen_web.pdf. Für eine Kritik der Sharing Economy: <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/geld-ausgeben/sharing-economy-haben-ist-seliger-als-teilen-12139540.html>
- ¹⁰ Siehe zum Beispiel: <http://www.product-life.org/de/cradle-to-cradle>
- ¹¹ Hierzu: <http://www.reduce-reuse-recycle.de/>
- ¹² Hier lässt sich durchaus ein latenter Zielkonflikt mit der Sharing Economy vermuten, die ja mit ihrem Slogan „Nutzen statt besitzen“ gerade darauf setzt, dass Menschen sich vom Besitz lossagen. In der Realität lässt sich m.E. aber durchaus eine gewisse Zielharmonie herstellen, indem das „Sharing“ auf die Dinge konzentriert wird, die man nicht zwingend selbst besitzen muss (z.B. Geräte, Maschinen, Fahrzeuge), während die „wertschätzende Aneignung“ eher auf Dinge konzentriert wird, die stark den Bereich des Persönlichen betreffen (z.B. Wohnung, Möbel, Kleidung oder Dinge des Alltagsgebrauchs). Da ist sicherlich jeder Mensch verschieden.
- ¹³ Für das ursprüngliche Verständnis des Prosumenten-Begriffs, das sich aber im Zuge der ökologischen Nachhaltigkeitsdebatte deutlich verändert hat, siehe: Alwin Toffler: *Die dritte Welle, Zukunftschance. Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts*. Goldmann, München 1983
- ¹⁴ <http://www.die-buergerenergiewende.de/>
- ¹⁵ Siehe zum Beispiel: <http://www.bio-berlin-brandenburg.de/>
- ¹⁶ Interessant ist hier die jüngst erschienene Social Banking-Studie der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft: <http://www.alanus.edu/alanus-studium/fachbereiche-und-gebiete/fachbereiche-und-gebiete-wirtschaft/fachbereiche-und-gebiete-wirtschaft-aktuelles/aktuelles-details/details/social-banking-markt-mit-16-millionen-kunden/>

-
- ¹⁷ Diese Einsicht ist nicht neu und wurde von dem großen John Maynard Keynes schon 1933 (in einem Aufsatz mit dem Titel „National Self-Sufficiency“, deutsch: „Nationale Selbstgenügsamkeit“) so formuliert: „Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen – das sind Dinge, die ihrer Natur nach international sein sollten, aber lasst Güter in der Heimat herstellen, wenn immer es sinnvoll und praktisch möglich ist, ... Ich bin nicht überzeugt, dass die wirtschaftlichen Erfolge der internationalen Arbeitsteilung heute noch irgendwie mit den früheren vergleichbar sind.“
- ¹⁸ Zum Beispiel von Rob Hopkins, siehe: <http://band1.dieweltdercommons.de/essays/rob-hopkins-resilienz-denken/>
- ¹⁹ Hierzu nach wie vor empfehlenswert: Hermann Scheer, Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien, Verlag Antje Kunstmann, München 2005
- ²⁰ Siehe hierzu kritisch: <https://www.campact.de/ttip/>; bejahend siehe: <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/>
- ²¹ Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet die Deutsche Bank Griechenland die Einführung einer nationalen Komplementärwährung zum Euro anempfohlen hat, um die eigene Binnenökonomie zu stärken: http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000288868.pdf
- ²² <http://transitionculture.org>
- ²³ Überlegungen hierzu in Bezug auf die kommunale Handlungsebene habe ich entwickelt in: Reinhard Loske, Eine wirkmächtige Förderin der Veränderung. Die Rolle der Kommunen, in: Baustelle Zukunft. Die Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, Politische Ökologie, Jg. 31, Heft Juni (2013): 94-101

Dr. Reinhard Loske ist Professor für Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke. Davor war er unter anderem Umweltsenator in Bremen (2007-2011), Mitglied des Deutschen Bundestages (1998-2007) und Leiter der interdisziplinären Forschungsgruppe „Zukunftsfähiges Deutschland“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1992-1998).



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, KLIMASCHUTZ,
ENERGIE UND
LANDESPLANUNG

Stiftsstraße 9
55116 Mainz

Poststelle@mwkel.rlp.de
www.mwkel.rlp.de